

## ANTWORTEN AUF EIN VERÄNDERTES SICHERHEITSUMFELD

Veranstaltungsserie "Forum Innere Sicherheit" – Sitzung #1 – Zwei Jahre nach Charlie Hebdo

**Die Terroranschläge der vergangenen Jahre in mehreren europäischen Städten haben die Bürger Europas verunsichert und Fragen der Inneren Sicherheit zu einer Priorität europäischer wie nationaler Politik werden lassen. Angesichts einer gestiegenen Bedrohung durch den internationalen Terrorismus sehen sich die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten zunehmend veranlasst, ihre Sicherheitsstrategien zu modernisieren und enger als bisher zusammenzuarbeiten. Insbesondere die Europäische Kommission hat wiederholt mit verschiedenen Vorschlägen und Maßnahmen die Initiative ergriffen und möchte in stärkerem Maße als bisher Kompetenzen in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung auf europäischer Ebene bündeln. Aufgrund von unterschiedlichen nationalen Sicherheitssystemen und Souveränitätsvorbehalten in mehreren Mitgliedsstaaten stößt dieser Prozess zurzeit aber noch auf Widerstand.**

Aktuelle Studien kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass sich eine Mehrheit der EU-Bürger in ihrer Sicherheit bedroht fühlt. Die Auslöser für diese wahrgenommene Bedrohung sind vielfältig und reichen vom islamistischen Terrorismus über den Rechts- und Linksextremismus bis hin zur Organisierten Kriminalität und der illegalen Migration. Vor diesem Hintergrund haben die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten in den vergangenen Jahren eine ganze Reihe von neuen Sicherheitspaketen beschlossen. Die Entwicklung und Umsetzung einer gemeinsamen Sicherheitsstrategie war allerdings nicht immer einfach, gilt die Sicherheitspolitik doch als hoch sensibler Politikbereich und ist traditionell Ausdruck nationalstaatlicher beziehungsweise zum Teil auch regionalstaatlicher Souveränität. Während Mitgliedsstaaten wie Großbritannien einige der vorgeschlagenen Maßnahmen zu weit gingen, empfanden Staaten wie Italien diese als unzureichend. Erschwerend kam

hinzu, dass auch Bedenken hinsichtlich der Freiheit des Bürgers und seines Rechts auf Datenschutz und Privatsphäre zu berücksichtigen sind. Infolgedessen kam man bei der Umsetzung der gemeinsamen Sicherheitsstrategien in den vergangenen Jahren nur sehr schleppend voran.

Mit dem britischen Votum für einen EU-Austritt änderte sich diese Situation im Juni 2016 grundlegend. Angesichts des drohenden Wegfalls der britischen Militärmacht kamen viele europäische Staats- und Regierungschefs, welche vorher einer Vergemeinschaftung der Sicherheitspolitik noch skeptisch gegenübergestanden hatten, zu der Erkenntnis, dass Europa geopolitisch nur geeint bestehen kann. In Zeiten eines unklaren NATO-Bündnisses, einer instabilen östlichen und südlichen Nachbarschaft sowie nationalistischer, anti-europäischer Bewegungen innerhalb der EU müssen die vorhandenen Kräfte besser koordiniert werden, um in Zukunft gemeinsam für Europas Sicherheit zu sorgen. In den vergangenen Monaten waren daher eine immer engere Zusammenarbeit und ein Kompetenzausbau der eu-





ropäischen Institutionen und Agenturen zu beobachten.

Zu nennen ist hier vor allem der gestiegene Handlungsspielraum für die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) und für die Strafverfolgungsbehörde der EU (Europol). Auch hat die Europäische Kommission zahlreiche Initiativen zum Aufbau einer Europäischen Sicherheitsunion auf den Weg gebracht. Darunter fallen der vereinfachte, grenzüberschreitende Informationsaustausch zwischen den Polizeikräften der Mitgliedsstaaten, die Schaffung europaweiter, einheitlicher Datenbanken, der Ausbau von Strukturen und Kapazitäten des Europäischen Zentrums zur Terrorismusbekämpfung sowie eine intensivierte Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung. Im Rahmen der Europäischen Sicherheitsagenda 2015-2020, die regelmäßig an die aktuellen Entwicklungen angepasst wird, sucht die Europäische Kommission die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten im Bereich ‚Innere Sicherheit‘ zu verbessern.

Insofern konnten zuletzt sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene einige, wichtige Fortschritte erzielt werden. Erneute Terroranschläge, Sicherheitslücken und Pannen bei der europaweiten Fahndung nach Straftätern, eine immer globaler

agierende Organisierte Kriminalität und eine anhaltend hohe Zahl illegaler Migranten führen jedoch vor Augen, dass die aktuellen Sicherheitskonzepte noch ausbaufähig sind, und das Potential der europaweiten Zusammenarbeit längst nicht ausgeschöpft ist. Doch wie genau sollten die bisher existierenden Konzepte weiterentwickelt und verbessert werden? Wo sind die politischen, juristischen und praktischen Grenzen einer (weiteren) Europäisierung der Sicherheitspolitik? Wo kann ‚Innere Sicherheit‘ effizienter durch nationale Maßnahmen erzielt werden? Und wie ist eine dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechende Balance zwischen Freiheit und Sicherheit am besten herzustellen?

#### **AUFTAKTVERANSTALTUNG**

Unter dem Titel „Zwei Jahre nach Charlie Hebdo – Antworten auf ein verändertes Sicherheitsumfeld“ fand am 24. Januar 2017 die Auftaktveranstaltung der Konferenzserie statt. Die Teilnehmer des Workshops diskutierten in zwei Sitzungen über die Europäische Sicherheitsagenda und deren nationale Umsetzung.

##### *1. Europäische Sicherheitsagenda 2015-2020*

Die erste Sitzung des Workshops trug den Titel „Europäische Maßnahmen zur Verwirklichung der Sicher-

#### **DAS ‚FORUM INNERE SICHERHEIT‘**

*Das Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung möchte gemeinsam mit der Verbindungsstelle der Hanns-Seidel-Stiftung und der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU diese und ähnliche Fragen mit der neuen Veranstaltungsreihe ‚Forum Innere Sicherheit‘ aufgreifen. Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, eine Plattform für Experten anzubieten und gemeinsam mit diesen eine bessere Abstimmung zwischen europäischer, nationaler und wissenschaft-*

*licher Ebene zu ermöglichen. Neben politischen Mandatsträgern und Beamten der EU-Institutionen werden hierfür auch Vertreter der Wissenschaft und der Nationalstaaten eingeladen. Die einzelnen Sitzungen erfolgen in zwei Abschnitten: Den Auftakt bildet ein Experten-Workshop, auf dem spezielle Themengebiete besprochen werden. Auf der sich anschließenden öffentlichen Podiumsdiskussion werden die Ergebnisse des Workshops vorgestellt und gemeinsam mit dem Publikum diskutiert.*



*Aufmerksame  
Teilnehmer des  
Workshops*

heitsunion“. Unter der Moderation von Rosa Balfour (German Marshall Fund of the United States) stellte Julian Siegl (Mitglied des Kabinetts von Sicherheitskommissar Sir Julian King) die aktuellen Sicherheitskonzepte der Europäischen Kommission vor. Bei ihren Initiativen lässt sich die Kommission von der Devise leiten, dass die Sicherheit eines Staates letztlich die Sicherheit aller EU-Mitgliedsstaaten impliziert. Vor diesem Hintergrund ist es von entscheidender Bedeutung, bestehende europäische Sicherheitssysteme zügig und vollständig in die mitgliedstaatlichen Systeme zu integrieren. Anhand zweier Beispiele führte Julian Siegl den Teilnehmern vor Augen, dass die Mitgliedsstaaten in zunehmendem Maße bereit sind, stärker und enger als zuvor zusammenzuarbeiten: Zum einen zu nennen ist Eurodac, eine europäische Datenbank zur Speicherung von Fingerabdrücken. Zweitens lässt sich das Schengener Informationssystem (aktuell in zweiter Version unter dem Namen ‚SIS II‘) anführen, eine gemeinsame Fahndungsdatei. Nur bei einem umfangreichen, vollständigen und schnellen Austausch zwischen europäischer, nationaler sowie regionaler Ebene könne die Kommission möglichst passgenaue Instrumente und Maßnahmen entwickeln.

Im Folgenden ging Siegl auf die Herausforderungen und Schwierigkeiten der Gesetzgebung auf EU-Ebene ein. Aufgrund unterschiedlicher nationaler politischer Systeme und Befindlichkeiten sowie der Beteiligung zahlreicher Akteure benötigt diese generell viel Zeit – Zeit, die angesichts aktueller Ereignisse und politischen Handlungsdrucks in der Regel nicht oder nur sehr begrenzt zur Verfügung steht. Zudem ist es für das politische System der EU kennzeichnend, dass möglichst viele und möglichst unterschiedliche Akteure schon früh in den Prozess der Gesetzgebung eingebunden werden. Um die Akzeptanz europäischer Politik zu steigern, wäre es wünschenswert, die nationalen Parlamente noch stärker als bisher in den Abstimmungsprozess auf europäischer Ebene einzubinden. Gleichwohl wies Siegl darauf hin, dass man angesichts des hohen

politischen Handlungsdrucks in der Vergangenheit oftmals in eine Ad-hoc-Politik verfallen sei, die zwar schnelle, aber zum Teil widersprüchliche Initiativen auf den Weg gebracht habe. Daher muss das Ziel eine Politik der Sorgfalt und der Kohärenz sein, weshalb der Informationsaustausch zwischen den verschiedenen politischen Ebenen einer Förderung bedarf.

Siegl wies ferner darauf hin, dass die Bürger konkrete Initiativen und vor allem Erfolge auf europäischer Ebene im Bereich der Sicherheitspolitik erwarteten. In ihren Verträgen bezeichnet sich die EU als „einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“. Um dem Aspekt der Sicherheit gerecht zu werden, müssen Lösungen auf europäischer Ebene erarbeitet werden, denen dann in einem zweiten Schritt Geltung verschafft wird. Dabei ist zu berücksichtigen, dass keine allzu hohen Erwartungen an die europäische Politik im Allgemeinen und an die Europäische Kommission im Speziellen gerichtet werden, da Letzterer immer nur eine begrenzte Zeit zur Vorbereitung ihrer Initiativen zur Verfügung steht. Außerdem kann die Kommission in vielen Politikbereichen den Mitgliedsstaaten lediglich ihre Unterstützung anbieten, ohne die entsprechenden Maßnahmen selbst durchführen





Lothar Köhler, Kriminaldirektor, Bayerisches Landeskriminalamt



zu können. Der Erfolg europäischer Initiativen in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung hängt daher in hohem Maße vom Willen der Mitgliedsstaaten ab.

Zum Abschluss seines Statements verwies Siegl auf zwei Aspekte der Sicherheitsunion hin, die derzeit noch nicht abgeschlossen sind: ECRIS (Europäisches Strafregisterinformationssystem), wird momentan noch von einer Expertengruppe diskutiert. Hier ist erst in den kommenden Monaten mit einem Abschlussbericht zu rechnen. Auch bei der Vorratsdatenspeicherung konnte noch kein Durchbruch erzielt werden, da sich die Mitgliedsstaaten zum Teil sehr unterschiedlich positioniert haben. Zudem ist die Finanzierung der Sicherheitsunion nicht immer eindeutig und vorab geklärt, sodass der Kommission meist nur begrenzte Finanzmittel zur Verfügung stehen.

Teilnehmer zeigten sich während des Vortrags von Herrn Siegl wiederholt zuversichtlich, dass die Sicherheitsunion zu einem Erfolg werden kann. Da viele Mitgliedsstaaten sich momentan terroristischen Bedrohungen gegenübersehen, beobachteten Teilnehmer ein

hohes Maß an Solidarität. Mit einem ausreichenden Willen und mit einer entsprechenden politischen Vorbereitung kann dies durchaus ein Gelegenheitsfenster darstellen für einen Ausbau der Kooperation in der europäischen Sicherheitspolitik.

## 2. Die nationale Umsetzung

Die zweite Sitzung des Workshops fand unter der Überschrift „Umsetzung auf nationaler Ebene durch die Sicherheitsbehörden“ statt. Lothar Köhler (Bayerisches Landeskriminalamt) skizzierte zunächst die aktuelle Sicherheitslage in Bayern und bezog sich dabei vor allem auf die terroristischen Anschläge in Würzburg und Ansbach vom Juli 2016. In beiden Fällen war es dringend notwendig, innerhalb kürzester Zeit an möglichst viele und umfangreiche Erkenntnisse von verschiedenen Stellen und Ebenen zu gelangen. Das Bayerische Landeskriminalamt greift bei solchen Ermittlungen auf fast 40 Datenbanken von Landes- und Bundesebene zu. Aufgrund der gestiegenen Bedrohung für die Sicherheitslage wird die Bayerische Polizei in den kommenden vier Jahren um 2.000 Stellen aufgestockt.

In ihrer Arbeit sehen sich Polizei und Sicherheitsdienste in ganz Europa regelmäßig vergleichbaren Schwierigkeiten und Problemen ausgesetzt. Dies betrifft zum Beispiel die Transkription arabischer Namen, für die es zum Teil uneinheitliche Schreibweisen gibt. Um eine eindeutige Feststellung von Identitäten zu ermöglichen, sollte daher ein europaweit einheitlicher Standard für die Transkription von Namen geschaffen werden. Ebenfalls zur Identitätsfeststellung beitragen kann eine flächendeckende, einheitliche Nutzung biometrischer Daten, etwa in Form eines europäischen Gesichtserkennungssystems.

In der sich anschließenden Diskussion wiesen Teilnehmer kritisch darauf hin, dass Mitgliedsstaaten – je nach Präferenz – unterschiedliche Systeme für den Austausch von Informationen nutzen, entweder das SIS II

Rechts Julian Siegl, Mitglied im Kabinett des Kommissars Sir Julian King, Sicherheitsunion





*Der bayerische  
Justizminister  
Prof. Dr. Winfried  
Bausback*

oder das Europol-System. Insofern bestand Einigkeit, dass neben einem intensivierten Austausch zwischen der europäischen, nationalen und regionalen Ebene auch die einheitliche Nutzung von Informationssystemen sichergestellt werden sollte.

#### **ABENDVERANSTALTUNG**

Den beiden Sitzungen des Workshops folgte am Abend eine Podiumsdiskussion mit rund 250 Gästen. Zunächst betonte der Bayerische Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback die Bedeutung einer starken Justiz für einen wehrhaften Rechtsstaat: Nur wenn die Sicherheit gewährleistet ist, können die Bürger in Freiheit leben. Bayern etwa hat auf die gestiegene Terrorgefahr reagiert, indem die ‚Bayerische Zentralstelle zur Bekämpfung von Terrorismus und Extremismus‘ gegründet, das Gesamtkonzept ‚Präventions- und Deradikalisierungsnetzwerk gegen Salafismus‘ erstellt und mehr Personal bei Polizei und Justiz eingestellt wurden. Auf europäischer Ebene begrüßte Bausback den Vorschlag der Kommission zur Erweiterung von ECRIS, um künftig innerhalb der EU den Austausch von Strafregistereinträgen von Nicht-EU-Bürgern zu vereinfachen.

James Morrison, Chef des Kabinetts von Sicherheitskommissar Sir Julian King, betonte in seinem Impulsvortrag, dass die Europäische Kommission alles dafür tun werde, die Mitgliedsstaaten bei dem derzeit für die Bürger

wichtigsten Thema – der Sicherheit – zu unterstützen. In vielen Bereichen ist die EU als Ganzes nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Einer der Prioritäten der europäischen Sicherheitsagenda ist es daher, die globale Versorgungskette von Terroristen zu unterbrechen. Dies wiederum kann nur durch einen besseren Austausch von Informationen zwischen den nationalen Sicherheitsbehörden, durch ein zusätzliches Augenmerk auf Cyber-Security und durch verstärkte Anstrengungen im Bereich der Prävention gelingen. Vieles auf europäischer Ebene aber benötigt Zeit. So ist beispielsweise die Richtlinie zum Informationsaustausch von Fluggastdaten zwar beschlossen, aber von elf EU-Mitgliedsstaaten noch nicht oder noch nicht in vollem Umfang umgesetzt worden.

Der Bundestagsabgeordnete Stephan Mayer, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, argumentierte für eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten untereinander und begrüßte in diesem Zusammenhang etwa die Einführung eines europäischen Ein- und Ausreisensystems. In der Tat mangelt es oftmals nicht an Rechtsnormen, sondern an deren Umsetzung in den einzelnen Mitgliedsstaaten. Der Fall des Berliner Attentäters Amri hat Defizite auch in der deutschen Sicherheitsstruktur aufgedeckt. Als Reaktion darauf hat der Deutsche Bundestag in der Zwischenzeit eine entsprechende Task-Force eingerichtet. Darüber hinaus fordern europäische und nationale Po-



#### **JAMES MORRISON**

*Chef des Kabinetts von Sicherheitskommissar Sir Julian King*

*"In Fragen der Sicherheit streben wir die größtmögliche Zusammenarbeit und Koordination an, sowohl mit den Mitgliedsstaaten als auch mit dem Europäischen Parlament. Die Europäische Kommission ist da, um zu helfen."*

Stephan Mayer,  
innenpolitischer  
Sprecher der CDU/  
CSU-Fraktion  
im Deutschen  
Bundestag



Unmittelbar nach  
der Podiumsdiskussion  
richteten  
Zuhörer ihre Fragen  
an die Sprecher

litiker verstärkt, auf nationaler Ebene unter anderem über einen neuen Haftgrund für so genannte ‚Gefährder‘ und über eine verschärfte Residenzpflicht für Ausreisepflichtige nachzudenken.

Schließlich betonte die Europaabgeordnete Monika Hohlmeier, dass auf europäischer Ebene in den vergangenen zweieinhalb Jahren im Bereich der Sicherheit mehr unternommen worden sei als in den voran-

gegangenen zwanzig Jahren. Viele der vereinbarten Maßnahmen haben bereits erste Erfolge gezeigt. Dennoch ist der Prozess der besseren Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Fragen noch längst nicht abgeschlossen. So könnten nationale Sicherheitsbehörden – darunter auch die Nachrichtendienste – künftig gesetzlich zum Austausch von Daten und Informationen verpflichtet werden. Frontex und Europol könnten Zugriff auf nationale Datenbanken bekommen. Und durch einen Ausbau der eigenen Kompetenzen könnten sich die europäischen Behörden unabhängiger von US-amerikanischen Behörden machen.

#### FAZIT UND AUSBLICK

Insgesamt haben die zwei Sitzungen des Workshops und die Impulsvorträge bei der Abendveranstaltung eine Reihe von Erkenntnissen zu Tage gefördert: Die Zusammenarbeit in sicherheitspolitischen Fragen auf europäischer Ebene und zwischen den EU-Mitgliedsstaaten ist angesichts der in vielerlei Hinsicht heterogenen Sicherheitssysteme und -praktiken äußerst komplex. Erschwert wird dies noch durch eine unterschiedlich bewertete Bedrohungslage sowie die Zurückhaltung vieler Mitgliedsstaaten, im Kerngebiet ihrer Souveränität der Abgabe von Kompetenzen zuzu-



*"Europa steht vor nie da gewesenen Herausforderungen. Doch spätestens seit den letzten Terroranschlägen haben die EU und ihre Mitgliedsstaaten die Ärmel hochgekremgelt und sich ihrer Verantwortung gestellt. Dies ist auch notwendig, um weiterhin ein Leben in Sicherheit und Freiheit zu ermöglichen."*

#### MONIKA HOHLMEIER

MdEP, Mitglied im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres





*Etwa 250 Gäste nahmen an der Debatte über ein verändertes Sicherheitsumfeld teil*

stimmen. Dennoch konnten in den letzten zwei Jahren erkennbare Fortschritte in der europäischen Sicherheitspolitik erzielt werden. Vor allem die Europäische Kommission, die mit der Sicherheitsagenda 2015-2020 das Thema zu einer ihrer politischen Prioritäten gemacht hat, ist hier hervorzuheben. Darüber hinaus scheint der momentane Zeitpunkt besonders günstig für europäische Initiativen im Bereich der Sicherheitspolitik zu sein, da zahlreiche EU-Mitgliedsstaaten sich einer erhöhten Terrorgefahr gegenübersehen und die Bürger nachhaltige Antworten und Lösungen auf europäischer Ebene erwarten. Die Teilnehmer von Workshop und Abendveranstaltung sahen besonderen Handlungsbedarf beim Daten- und Informationsaustausch und bei der zügigen und vollständigen Umsetzung europäischer Normen durch die Mitgliedsstaaten.

Da gemäß der europäischen Verträge in erster Linie die Mitgliedsstaaten für die Sicherheitspolitik verantwortlich sind, wird der Erfolg der europäischen Sicherheitsagenda wesentlich von deren Willen zur Zusammenarbeit abhängig sein. So viel ist allerdings sicher: Ohne ein gemeinsames Konzept auf EU-Ebene können länderübergreifende Bedrohungen wie der Terrorismus nicht effizient angegangen, geschweige denn erfolgreich bekämpft werden. Die europäische Ebene und insbesondere die Kommission sollten dabei unterstützt werden, die erforderlichen Instrumente, Infrastrukturen und Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die nationalen Behörden effizient zusammenarbeiten und effektiv auf gemeinsame Bedrohungen reagieren können.

Neben der Inneren Sicherheit rückt zunehmend auch die Verteidigung auf die europäische Agenda. Hierbei handelt es sich um einen Politikbereich, in dem die europäische Ebene traditionell kaum Kompetenzen und Ressourcen besitzt. Angesichts einer multiplen und größer gewordenen Bedrohungslage Europas scheinen in den Mitgliedsstaaten das Bewusstsein und die Überzeugung gewachsen zu sein, auch in diesem Bereich in stärkerem Maße als bisher Kapazitäten zu bündeln und Prozesse zu

vereinheitlichen. Mit der in den europäischen Verträgen festgeschriebenen ‚Verstärkten Zusammenarbeit‘ steht hier ein Instrument zur Verfügung, mithilfe dessen fähige und bereite Mitgliedsstaaten entsprechende Integrationschritte anstrengen können.

In diesem Zusammenhang hat die Europäische Volkspartei (EVP) auf ihrem Kongress in Valletta am 29. und 30. März 2017 die Dringlichkeits-Resolution ‚Sicherheit und Verteidigung‘ angenommen, in der sie den sukzessiven Aufbau einer Europäischen Verteidigungsunion fordert. Insbesondere sollten die bisher bestehenden Doppelstrukturen in den Sicherheitssystemen der Mitgliedsstaaten abgebaut und durch effizientere Strukturen ersetzt werden. Der von der Europäischen Kommission am 30. November 2016 vorgestellte ‚Europäische Verteidigungs-Aktionsplan‘ mit einem integrierten Europäischen Verteidigungsfonds kann ein erster Schritt sein, um gemeinsame Operationen und Projekte – sowohl in militärischer als auch in zivil-militärischer Hinsicht – durchzuführen. Mittelfristig möchte die EVP europäische Kapazitäten in einem gemeinsamen operativen Zentrum – einem ‚EU Operational HQ‘ – bündeln, während langfristig ein Rat der nationalen Verteidigungsminister – nach Vorbild der Ratsformationen in anderen Politikfeldern – die Durchführung gemeinsamer Maßnahmen sicherstellen soll.

*Auch nach Ende der offiziellen Veranstaltung gingen die Gespräche weiter*





## KONZEPT DES 'FORUM INNERE SICHERHEIT'

Laut aktuellen Studien fühlt sich die Mehrheit der EU-Bürger durch den islamistischen Terrorismus, Rechts- und Linksextremismus, Organisierte Kriminalität sowie illegale Migration massiv in ihrer Sicherheit bedroht. Um diesen Bedrohungen entgegenzuwirken, beschlossen die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten in den letzten Jahren diverse neue Sicherheitspakete. Auch auf europäischer Ebene sind eine immer engere Zusammenarbeit und ein Kompetenzausbau der gemeinsamen Agenturen (z.B. Europol, Frontex) zu beobachten.

Zwar konnten auf nationaler und europäischer Ebene wichtige Fortschritte erzielt werden. Die Terroranschläge in Paris und Brüssel, eine immer globaler agierende Organisierte Kriminalität sowie die hohe Zahl an illegalen Migranten verdeutlichen aber, dass die aktuellen Sicherheitskonzepte noch ausbaufähig sind. Doch wie kann und sollte man diese verbessern? Ist eine weitere Europäisierung der Sicherheitskonzepte notwendig, oder kann die Innere Sicherheit besser durch nationale Maßnahmen gesichert werden? Wie ist die aktuelle Bedrohungslage realistisch einzuschätzen, und wie ist eine – dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechende – Balance zwischen Freiheit und Sicherheit am besten herzustellen?

Mit dieser neuen Veranstaltungsreihe möchte das Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit der Hanns-Seidel-Stiftung und der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU diese und ähnliche Fragen aufgreifen. Neben Vertretern der EU-Institutionen werden insbesondere auch Vertreter der Wissenschaft und der Nationalstaaten / Bundesländer eingeladen, da diese bei der Reform der europäischen Sicherheitssysteme eine entscheidende Rolle spielen. Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, eine Plattform für Experten anzubieten und hierdurch eine bessere Abstimmung zwischen europäischer, nationaler und wissenschaftlicher Ebene zu ermöglichen.



*Fokus Europa*

*Antworten auf ein verändertes  
Sicherheitsumfeld*

*"Forum Innere Sicherheit" Veranstaltungsreihe:  
Sitzung #1 – Zwei Jahre  
nach Charlie Hebdo*

### **Veröffentlicht durch**

*Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.  
European Office  
11, Avenue de l' Yser  
B-1040 Brussels  
Belgium*

### **Text**

*Lucas Schramm  
Kai Zenner*

### **Herausgeber**

*Dr. Hardy Ostry  
Kai Zenner  
Maria Christian*

### **Fotos**

*FKPH Event Photo Service*

### **Design**

*Balázs Mózes-Finta*

*Diese Publikation unterliegt dem  
Urheberschutz. Jegliche Form der  
Vervielfältigung und der Weiterleitung  
an Dritte bedarf der Zustimmung  
durch die Konrad-Adenauer-Stiftung.*

© Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

[www.kas.de/bruessel](http://www.kas.de/bruessel)  
[www.facebook.com/kaseurope](https://www.facebook.com/kaseurope)